



Im Blickpunkt

SPD-Distrikt
68. Jahrgang

Eimsbüttel-Nord
Juni 2016

Gedanken zur Bürgerversicherung (Seite 4)

Bewaffnete Drohnen ächten! (Seite 6)



Seit 25. Mai: Wochenmarkt am Mittwoch vor der Apostelkirche *Foto: Ch. Nendza*

TERMINE

Vorstandssitzung:

Dienstag, den **7. Juni** und **8. Juli**, jeweils um **19.30 Uhr**, in der AG Kinder- und Jugendschutz HH, Hellkamp 68, Zugang Clasingstraße

Infostand:

Samstag, den **4. Juni**, ab **10.30 Uhr**, am Wochenmarkt Grundstraße

AG 60plus:

Mitgliedertreffen am **Donnerstag**, den **30. Juni** um **10.00 Uhr** in der AWO, Jugendstraße 11

Öffentliche Mitgliederversammlung der SPD Eimsbüttel Nord:

Dienstag, den **28. Juni** um **19.30 Uhr**, im Forum der Apostelkirche, Thema: **Reichtum in Hamburg** - mit dem Referenten Gerd Lütjens

Landesparteitag:

Samstag, den **11. Juni**, um **10.00 Uhr**, im Bürgerhaus Wilhelmsburg

Weitere Veranstaltungen im Juni:

Donnerstag, den **9. Juni** um **19.30 Uhr**: Olaf Scholz vor Ort in der Grundschule am Turmweg 33

Sonntag, den **12. Juni**, **15.00 und 17.00 Uhr**: Niels Annen „Solidarität in Europa – Perspektiven für Griechenland“, in der AWO Jugendstraße 11

Montag, den **27. Juni** um **19.30 Uhr**: Frank-Walter Steinmeier und Niels Annen im Rudolf-Steiner-Haus, Mittelweg 11 (Anmeldung unter: 41449911)



Geburtstagsgrüße diesmal auf Seite 7



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde der SPD in Eimsbüttel,

wir haben schon Juni und hoffen alle auf einen schönen Sommer. Der vergangene Monat Mai kam mir wie ein verkleideter April vor. Die Bekleidungsauswahl stellt einen immer wieder vor die Frage, nimmt man den Schal noch mit oder reicht ein T-Shirt? Sind das unsere wahren Probleme? Natürlich nicht!



Berichte über eine steigende Altersarmut und die Gefahr, dass es in Zukunft viele treffen wird, die mit ihrer Altersversorgung nicht auskommen werden, müssen alle aufschrecken. Es wird von „Risikogruppen“ gesprochen, wie Frauen, die lange familienbedingte Erwerbsunterbrechungen ausweisen. Oder Selbstständige, die nicht freiwillig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen konnten oder wollten und später auch noch ihre Lebensversicherung nicht weiterführen konnten. Oder Zuwanderer, die häufig eben nicht gerade gut bezahlte Arbeiten verrichteten. Oder Bürger aus den „neuen“ Bundesländern, die bei der Wiedervereinigung, durch den massiven Stellenabbau, ihre Arbeit verloren und so zu den vielen Arbeitslosen gehörten. Oder diejenigen, die durch persönliches Schicksal arbeitslos oder lange Geringverdiener waren. Sie alle sind im Alter armutsgefährdet. Bei den zukünftigen „Alten“ ist darauf zu achten, dass sie gut bezahlte Arbeit bekommen und behalten, damit sie gut leben können und auch für eine ihnen genügende gesetzliche Rente einzahlen. Der jetzige Mindestlohn reicht dazu wirklich nicht aus. Also muss es gelten, dass die besten Voraussetzungen für jeden geschaffen werden, um im Alter gut versorgt zu sein. Das sind vor allen Dingen gute Bildung für alle und ordentlich bezahlte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze - keine atypischen Beschäftigungsverhältnisse.

Aus dem Distrikt: Wir setzen unsere Reihe zum Thema Armut fort und veranstalten am 28. Juni ab 19:30 Uhr eine offene Mitgliederversammlung. An diesem Abend wird das Thema „Reichtum in Hamburg“ sein. Mit dem kompetenten Referenten werden wir sicherlich viele Interessierte im Forum der Apostelkirche begrüßen dürfen.

Seit dem 25. Mai gibt es wieder jeden Mittwoch einen Wochenmarkt in unserem Distrikt! Ab sofort findet unser Markt in der Zeit von 08:00 bis 13:00 Uhr auf dem Platz vor der Apostelkirche statt. Aufgrund fehlender Attraktivität war der Marktbetrieb in der Grundstraße mittwochs eingeschlafen. Nun ist zu wünschen, dass der neue Standort zum Besuch und Einkauf einlädt. Übrigens, samstags bleibt der Markt in der Grundstraße!

*Mit solidarischen Grüßen
Ralf Meiburg, Distriktsvorsitzender*

Gedanken zur Bürgerversicherung

Unser Gesundheitssystem in Deutschland ist im internationalen Vergleich mit Sicherheit nicht das Schlechteste. Sowohl für gesetzlich als auch für privat Versicherte besteht eine Versicherungspflicht in der Krankenversicherung. Von allen Versicherten sind circa 90 % in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und circa 10 % in der privaten Krankenversicherung (PKV).

GKV und PKV unterscheiden sich in einigen Punkten. So erleben gesetzlich Krankenversicherte gegenüber privat Versicherten immer wieder Benachteiligungen wie z. B. bei der Vergabe von Arztterminen und bei Behandlungen. Andererseits genießen sie den Vorteil der kostenlosen Familienversicherung und zahlen ihre Beiträge entsprechend ihres Einkommens und nicht nach Lebensalter und Krankheitsrisiko wie in der privaten Krankenversicherung.

Das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung „jeder zahlt, was er kann und bekommt, was er braucht“ hat in den letzten Jahren gelitten. Veränderte Bedarfe in der Finanzierung der GKV und auch der Trend zur Eigenverantwortung haben nicht unerheblich dazu beigetragen. Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden nicht mehr paritätisch, d. h. jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlt. Der Arbeitgeber-Anteil wurde vom Gesetzgeber auf 7,3 % festgeschrieben. Das bedeutet, dass bei einem Beitragssatz von mehr als 14,6 % alles einseitig zu Lasten des Arbeitnehmers in Form eines einkommensabhängigen Zusatzbeitrages geht. Außerdem müssen die Versicherten z. B. zu Medikamenten Zuzahlungen leisten und Zahnersatzkosten werden nur noch teilweise erstattet.

Die Frage ist, wie die solidarische und paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wieder hergestellt und gestärkt werden kann. Hierzu hatte unser Parteivorstand vor der letzten Bundestagswahl einen Vorschlag zu einem Modell für eine Bürgerversicherung gemacht. Im Gegensatz zur Befürchtung einiger Kritiker ist hier nicht eine „Einheitskasse“, sondern eine Vereinheitlichung der Krankenversicherung gemeint. Aus dem SPD Regierungsprogramm 2013-2017: *„Mit der Bürgerversicherung halten wir an einem gegliederten, öffentlich-rechtlichen und selbstverwalteten Kassensystem als tragender Säule der gesetzlichen*

Krankenversicherung fest.“ Auch sollen die Krankenkassen ihre Beitragssätze individuell festlegen. Dieser Punkt wurde im Rahmen der Koalitionsverhandlungen nach der Wahl in Bezug auf den Zusatzbeitrag für die Arbeitnehmer festgehalten und auch zu Beginn des letzten Jahres umgesetzt. Unser Programmpunkt „Wiederherstellung der Parität“ (Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen durchschnittlich den gleichen Beitrag zahlen) wurde nicht berücksichtigt.

Bei Einführung einer Bürgerversicherung wäre diese für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten verbindlich. Privat Versicherte hätten ein Jahr lang die Möglichkeit zu wählen, ob sie wechseln möchten.

Mit diesem einheitlichen Versicherungssystem soll auch eine einheitliche Honorarordnung für die gesetzliche und private Krankenversicherung eingeführt werden. *„Das Gesamthonorarvolumen wird dabei nicht geschmälert, sondern gerechter verteilt.“*

Die Bürgerversicherung könnte dazu beitragen, durch eine bessere Finanzierung Gerechtigkeitslücken in der Versorgung zu schließen. Bisher privat Versicherte hätten die Möglichkeit, sich entsprechend ihres Einkommens zu versichern und ihre Arztbesuche direkt über eine Versichertenkarte abrechnen zu lassen und nicht in Vorkasse gehen zu müssen.

Für Menschen mit geringem Einkommen wäre interessant, dass die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage auf 400,01 Euro gesenkt werden würde und sich somit an dem tatsächlichen Einkommen orientieren würde. (Aktuell, d. h. in 2016 dient ein Mindesteinkommen von 2.905,00 bzw. 2.520,00 Euro als Grundlage zur Beitragsberechnung.)

Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung gemäß unseren bisherigen Parteitagebeschlüssen wurde erneut auf unserem letzten Bundesparteitag in 2015 in verschiedenen Anträgen gefordert. Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung bzw. der paritätischen Beteiligung der Arbeitgeber und die Abschaffung der Zusatzbeiträge für Arbeitnehmer standen dabei an erster Stelle. In früheren Diskussionen stand darüber hinaus zur Debatte, Immobilien und Kapitalerträge bei der Beitragsermittlung zu berücksichtigen. Das Thema Bürgerversicherung wird mit Sicherheit noch weiter diskutiert werden.

Alexandra Jentges

Bewaffnete Drohnen ächten!

Auf der Delegiertenkonferenz der SPD Eimsbüttel Ende April wurde die Forderung unseres Distriktes nach einer Ablehnung der Bewaffnung von Drohnen und einer internationalen Ächtung derselben kontrovers diskutiert. Mit großer Mehrheit wurde dann beschlossen, dass die SPD sich für dieses Ziel stark machen soll und ein entsprechender Antrag an Landes- und Bundesparteitag gestellt.

Derzeit ist in der Großen Koalition die Frage der Bewaffnung von Drohnen noch nicht entschieden. Während es im Koalitionsvertrag einschränkend heißt: „Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kategorisch ab.“ setzt sich das SPD-geführte Außenministerium darüber hinaus für die Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme ein. Andererseits hat die Bundesverteidigungsministerin (CDU) einen Vertrag geschlossen, nachdem die Bundeswehr sich drei bis fünf bewaffnungsfähige Drohnen vom Typ Heron TP in Israel leasen kann. Über die tatsächliche Bewaffnung würde der Bundestag von Fall zu Fall entschieden.

Eine völkerrechtliche Ächtung von Kampfdrohnen lässt sich sicherlich besser erreichen, wenn die Bundesrepublik Drohnen weder bewaffnet noch solche einsetzt. Die Ächtung ist notwendig, weil Drohnen in der Einsatzpraxis bspw. von den USA für das Abarbeiten präsidialer Tötungslisten eingesetzt werden, weil Studien wie „Living Under Drones“ dokumentieren, dass die Zivilbevölkerung massiv unter der Drohnenkriegführung leidet und weil Friedensforscher vor einem Rüstungswettlauf zwischen den Ländern mit Kampfdrohnen warnen, der letztlich zur Entwicklung vollautomatisierter Waffensysteme führen würde. Eine solche Rüstungsspirale lässt sich am besten zu Beginn aufhalten.

Die völkerrechtliche Ächtung ist möglich, wie erfolgreiche internationale Kampagnen bspw. gegen Landminen, Streumunition und Napalm zeigen. Wie das NEIN zum Irakkrieg hat auch ein NEIN zum Drohnenkrieg internationale Auswirkungen: So würden bspw. Friedensfreunde in den USA durch einen Erfolg der Bewegung hier erheblich unterstützt in ihrem Bemühen für eine Zivilisierung der US-Außenpolitik. Einen Appell und weitere Infos gibt's unter: www.drohnen-kampagne.de.

Jochen Rasch



Einen herzlichen Glückwunsch allen Geburtstagskindern im Juni 2016



Ihre Bestellung bitte...
Tel. 040-386 57 730

Öffnungszeiten

Montag - Freitag	12.00 - 22.00 Uhr
Samstag u. Sonntag	14.00 - 22.00 Uhr
Feiertags	17.00 - 22.00 Uhr

An der Bushaltestelle Sartoriusstraße Langenfelder Damm 5, 20257 Hamburg



**attraktive
Ausstrahlung
und Wohlbefinden**

basicare
Kosmetik

Infos und Termine:

Filiale Methfesselstraße
Methfesselstraße 76
20257 Hamburg
Telefon 0 40 / 40 73 32

Filiale Beim Schlump
Beim Schlump 24
20144 Hamburg
Telefon 040 / 41 49 73 42

www.basicare.de

Seit 1999 sind wir Ihre Adresse für **Kosmetik und Fußpflege**.
Sie finden uns 2x in Eimsbüttel - wir freuen uns sehr auf Sie!

Optik Daniel – mit den Augen Ihres Kindes!



Kinder- und Babybrillen – Fassungen von:

- Bob der Baumeister · Die Maus
- Janosch · Hello Kitty
- Die Wilden Kerle · Oio Titanflex
- Vaude · Prinzessin Lillifee und mehr

Gläser – auch Kunststoffgläser –
ohne Zuzahlung zum Nulltarif bei ärztlicher
Verordnung durch die gesetzliche Krankenkasse

Osterstraße 136 · 20255 Hamburg · 040.40 87 01
optik-daniel.de · Mo-Fr 10.00–19.00 · Sa 10.00–15.00

OPTIKDANIEL
KINGLICHE ... EINERKUNDE ... DURCHHILFE

Service

Bei Interesse an Infos aus Eimsbüttel-Nord bitte mailen an:
kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Infos zur AG 60plus bei Annegret Ptach, Tel. 040 / 851 29 71

Infos zur Juso-Gruppe Eimsbüttel Nord/Süd bei Zarif Ashraf, Tel. 0173 699735
(e-mail: zarif.ashraf@outlook.de), und bei Gabor Frese, Tel. 0178 9101428

SPD Eimsbüttel-Nord (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzender:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Stellvertreter, Jusos:	Gabor Frese	Tel. 0178/9101428
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 0176/35445342
	Agata Klaus	Tel. 0170/4904824
Bezirksversammlung:	Charlotte Nendza	Tel. 881 690 91
	Hannelore Köster	Tel. 411 652 42
	Frank Wiedemann	Tel. 411 123 81
Kerngebietsausschuss:	Hannelore Köster, Ralf Meiburg	
Internet:	www.spd-eimsbuettel-nord.de	
E-Mail:	kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de	

Bankkonto SPD Eimsbüttel-Nord:

IBAN: DE38500333001244008900, BIC: SCFBDE33XXX, Santanderbank

HERAUSGEBER: SPD Eimsbüttel-Nord
Hamburg - Verantwortlich für Inhalt und
Anzeigen: Dirk Schlanbusch

Diese Ausgabe wurde produziert und gefaltet mit
freundlicher Unterstützung von **ADUPUC -**
PRINT- & COPYHAUS, Grindelallee 32, 20146 HH